

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt, das Finanzamt und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 88 827

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



## Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Otrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: A. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 176

Bad Schandau, Sonnabend, den 30. Juli 1927

71. Jahrgang

### Für eilige Leser.

\* Für den ersten deutschen Atlantikflug ist ein Preis von 100 000 Mark ausgesetzt worden.

\* Die größte deutsche Holzfirma, Gebrüder Stumpe in Breitung, geriet in Konkurs.

\* Nach Meldungen aus Schanghai sind, wie erst jetzt bekannt wird, infolge der Ueberflutungen des Kulang-Flusses, der bei dem großen Erdbeben im Mai aus seinen Ufern trat, 100 000 Personen obdachlos geworden. Die Zahl der Toten wird jetzt mit 10 000 angegeben. 7 Distrikte sind vollkommen verwüstet.

\* Vom 24. bis 26. August findet in Bern eine Kropf-Konferenz statt, an der sich auch verschiedene auswärtige Gelehrte, die sich der Kropfforschung widmen, beteiligen werden.

\* Ueber das Unterelssag ist ein wolkenbruchartiger Regen, verbunden mit Gewitter und Hagelschlägen, niedergegangen und hat die Tabak-, Getreide- und Kartoffelkultur so verwüstet, daß der Schaden auf über eine Million Franken berechnet wird. In Straßburg legte der Regen viele Straßen völlig unter Wasser, so daß der Verkehr eine halbe Stunde lang unterbrochen war.

## Die Kapitalquellen Sowjetrußlands

Von Arthur Zmarzly.

Der Aufbau der staatskapitalistischen Wirtschaft Sowjetrußlands erfordert die Finanzhilfe des Auslandes. In den letzten Jahren gelang es bekanntlich den Führern der UdSSR, den Druck des internationalen Wettbewerbs auf ihre Mühen zu lenken und den industriellen Teil des Wirtschaftsprogramms mit Hilfe von Konzessionsverträgen und langfristigen Lieferungskrediten auszubehnen und zu vertiefen. Diese Kapitalmengen genügen in der ersten Zeit; sie erfüllen den Zweck, die Wirtschaft in Gang zu setzen. Da aber der Kapitalbedarf immer größer wird, je mehr sich die Produktion erweitert, erkannten die Wirtschaftsführer, daß die bisherige Form der Kapitalbeschaffung den erhöhten Anforderungen nicht mehr entspricht, und daher der Versuch unternommen werden mußte, den Anschluß an den internationalen Geldmarkt zu erreichen. Das konnte nur auf dem Wege über die Anerkennung der Schulden des zaristischen Rußlands in Frankreich gelingen. Dieser Erkenntnis mußten sich die Sowjetführer beugen.

Die Verhandlungen mit Frankreich über ein Schuldenabkommen und eine Anleihe waren auf gutem Wege und boten keine grundsätzlichen Schwierigkeiten mehr, als das Vorgehen Englands alle Aussichten vernichtete. Der Abschluß des Schuldenvertrages hätte zweifellos die Kreditfähigkeit Sowjetrußlands stark gefördert, und der ersten Anleihe in Paris wären bald andere auf den internationalen Geldmärkten gefolgt. Es wäre ein Sieg gewesen, der die Sowjetmacht stärker befestigt hätte, als ein gewöhnlicher Krieg. Die englische Vorstoß traf Moskau an der verwundbarsten Stelle, indem er die Sowjetmacht wieder in ihre finanzielle Abgeschlossenheit zurückwarf. Das Abschneiden der vermehrten Kapitalzufuhr muß die industrielle Entwicklung hemmen. Das ist es gerade, was die Beherrscher Sowjetrußlands am meisten zu fürchten haben.

Auch in Rußland ist mit den Mitteln politischer Unterdrückung nur solange zu regieren, als wirtschaftliche Erfolge sichtbar sind. Der Zerfall der Union steht immer drohend hinter der Zentralregierung in Moskau. Die Bauern zeigen für den Kommunismus wenig Verständnis; es geht nicht weiter, als die Garantie für ihren Ackerbesitz reicht. Die Kerntuppen bilden die Industriearbeiter, die, mögen auch oppositionelle Schattierungen vorhanden sein und politische Spannungen erzeugen, bei großen Entscheidungen ihren Führern folgen. Aber diese Gefolgschaft ist zur Begründung einer Dauerherrschaft zu gering, und die Führer verkennen nicht, daß es ein gefährliches Spiel wäre, ihre Ueberzeugungstreue bei länger anhaltenden wirtschaftlichen Mißerfolgen zu erproben. Nun ist nicht zu leugnen, daß die Planwirtschaft in der Wiederaufbauarbeit gute Erfolge verzeichnen kann. Auf dieser Stufe der Entwicklung darf aber kein Stillstand eintreten.

Der Bedarf Rußlands an Erzeugnissen aller Art ist gewachsen. Der bedürfnislose russische Landarbeiter und der Kleinbauer der Vorkriegszeit sind durch die Verteilung der Güter zu Herren geworden. Damit sind ihre Ansprüche gestiegen. Auch die Zahl der Landbevölkerung wächst infolge der Ansiedelung vieler Millionen Bauernfamilien. Die extensive Bodenbewirtschaftung, besonders in den Gegenden mit unguinstigen Boden- und Klimaverhältnissen, gibt den Söhnen und Töchtern des Landes keine ansehnliche Beschäftigung und Nahrung. Sie wandern in Städte ab und vermehren das Heer der Arbeitslosen, was auch im Reich der Sowjets ein starkes Element der Unruhe bildet. Auf der anderen Seite zwingt die Angst um den Scherwonezkurs die Regierung, die Ausfuhr von Agrarprodukten und Rohstoffen zu steigern. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist aber nur durch intensivere Bodenbearbeitung möglich, die wiederum von Maschinen und Geräten abhängig ist. So müssen die Führer rastlos bestrebt sein, die industrielle Erzeugung in immer schnellerem Tempo zu erweitern. Sie erreichen damit zu gleicher Zeit einen nicht zu unterschätzenden Machtzufluß, indem das Anwachsen der Zahl der Industriearbeiter die Stützen verstärkt, die das politische Gebäude der Sowjetunion tragen.

Der Wille zur Anerkennung der fünf-Milliarden-Schuld an Frankreich entsprach der kühnen Ueberlegung, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Union an die vermehrte Kapitalzufuhr gebunden ist. Es hat daher nur rhetorische Wirkung, wenn der Finanzkommissar Brjuchanow vor kurzem erklärte, daß sich

Rußland mehr auf die eigene Kapitalkraft stützen müßte, da die finanziellen Beziehungen der Sowjetunion zu den einzelnen kapitalistischen Ländern ständig der Gefahr eines Bruches ausgesetzt seien. Der Versuch Englands, um Rußland eine Finanzblockade zu errichten, soll, nach den Worten Brjuchanows, mit der Mobilisierung der inneren russischen Finanzen beantwortet werden. Unter dem Stichwort „finanzieller Selbstschutz“ hat eine nachdrückliche Propaganda eingesetzt, die bezweckt, die in der Bevölkerung vorhandenen Mittel auf dem Wege über die Sparkassen und Staatsanleihen der Wirtschaft nutzbar zu machen.

Diese Mobilisierung des finanziellen Selbstschutzes dürfte aber mehr agitatorischen als praktischen Wert besitzen. In Rußland wird schon seit einigen Jahren stark für die Staatsanleihen geworben, ohne daß nennenswerte Ergebnisse erzielt worden wären. Das ist verständlich. Die große Masse ist noch ärmer als vor dem Kriege; die etwas wohlhabendere dünne Mittelschicht wird unter starkem Steuerdruck gehalten, und Kapitalisten gibt es in Rußland so gut wie gar nicht mehr. Die privaten Unternehmer verwenden ihr Geld vorteilhafter zu geschäftlicher Betätigung. Diejenigen aber, die Staatsanleihen zeichnen, lassen sich von politischen Rücksichten leiten oder tun es aus steuerlichen Gründen, da die Anleihen steuerfrei sind. Diese Verhältnisse erklären es, daß die innere Staatsschuld so gering ist. Sie betrug am 1. April des Jahres 1926 680 Millionen Scherwonezruble oder 450 Millionen Goldruble. Das Rußland der Vorkriegszeit verzeichnete dagegen (am 1. Januar 1914) 4780 Millionen Goldruble innere Schulden, und Verpflichtungen an das Ausland im Betrage von 475 Millionen Rubel. Die gegenwärtige innere Schuld stellt also nur einen kleinen Prozentsatz der Vorkriegsschuld dar. Aber auch diese geringe Summe ist nur zum Teil von der Bevölkerung aufgebracht worden. Nach den Angaben, die bis zum 1. März 1927 vorliegen, hat die Bevölkerung von der damals 563 Millionen betragenden Staatsschuld nur 132 Millionen Rubel aufgebracht, während den

würigen Teil die Staats- und Privatwirtschaft deckte. Die Begebung der Anleihen erfolgte zudem noch unter starker Beteiligung der Staatsbanken, die den Anleihezeichnern Darlehen zum Erwerb der Anleihestücke gewährten.

Die russischen Finanzfachverständigen setzen bei der Mobilisierung des finanziellen Selbstschutzes wenig Hoffnung auf das private Unternehmertum. Auch bei den Bauern sind die Erfolge zweifelhaft; besser dürfte das Ergebnis bei der Arbeiterschaft ausfallen. Der Rat der Volkskommissare hat diese Erwägungen auch in den neuen Richtlinien für die Anleihepolitik berücksichtigt. Es wird darin die Verbilligung des jetzt mit großen Begehungskosten belasteten Staatskredits vorgeesehen und die Verlängerung der Laufzeit der Anleihen als notwendig bezeichnet. Die jetzt ausgegebene achtprozentige innere Anleihe im Gesamtbetrag von 200 Millionen Rubel soll zehn Jahre laufen; sie ist eine Art Zwangsanleihe, da sie nach den neuen Richtlinien den Reserfonds der Staatsunternehmungen, Wirtschaftsorganisationen und juristischen Personen, die der Publikationspflicht unterliegen, als Anlage dienen soll. Auch eine zweite Anleihe in gleicher Höhe mit zwölfprozentiger Verzinsung ist nun teilweise für Privatkreise berechnet. In der Hauptsache sollen in diesen Obligationen die Gelder der Sparkassen und der staatlichen Versicherungen angelegt werden. Daneben wird gegenwärtig die 3. Bauern-Prämien-Anleihe in Höhe von 25 Millionen Rubel ausgegeben.

Diese inneren Kapitalquellen Sowjetrußlands können wohl eine Zeitlang diejenigen Wirtschaftsbedürfnisse decken, die durch den Ausfall an Kredit, mit dem Rußland bisher rechnen konnte, notkündet werden dürften. Der weitere Ausbau des Produktionsapparates ist aber mit diesen Mitteln nicht möglich. Die Sowjetunion dürfte deshalb gut tun, diejenigen politischen Mächte in den Hintergrund zu drängen, die immer noch mit revolutionären Vorstellungen spielen und dem russischen Volke mehr Schaden als Nutzen.

## Neuer Notenkrieg mit Frankreich

### Die Wahrheit über Orchies.

Französisches Eingeständnis der Greuelthaten.

Zwischen Deutschland und Frankreich ist ein neuer Notenkrieg entbrannt, der zwar nicht offiziell von Regierung zu Regierung, sondern mehr von der Öffentlichkeit der beiden Länder geführt wird, die sich hierfür allerdings von offiziellen Quellen durch geeignetes Material unterstützen läßt. Der Kampf geht um die Wahrheit über die Vorgänge, die sich im September 1914 in dem französischen Orte Orchies abgespielt haben. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat bekanntlich in seiner letzten Sonntagsrede wieder heftige Angriffe gegen die deutsche Kriegführung gerichtet und als Beispiel hierfür angeführt, daß die Ortschaft Orchies von den deutschen Soldaten dem Erdboden gleichgemacht worden ist. Von deutscher offizieller Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Zerstörung von Orchies als Strafe dafür angeführt wurde, daß deutsche Soldaten in diesem Orte in grausamer Weise ums Leben gebracht worden sind.

Dieser deutschen Behauptung tritt jetzt wieder die offiziöse französische Havasagentur entgegen, die zwei Berichte über die Vorgänge in Orchies veröffentlicht. Der

eine Bericht stammt vom Bürgermeister dieses Ortes, der gibt, daß von französischen Soldaten auf eine deutsche Note-Kreuz-Autokolonne geschossen worden sei. Er stellt aber gleichzeitig die kaum glaubwürdige Behauptung auf, daß von diesen Autos aus auf französische Posten geschossen worden sei.

Weit wichtiger für die Berechtigung der deutschen Strafexpedition nach Orchies sind die Ausführungen eines gewissen Trochan, die ebenfalls von Havas veröffentlicht werden, der unumwunden zugibt, daß Strolche der schlimmsten Sorte, von denen nach seiner Meinung keiner aus Orchies war, die Leichen der deutschen Soldaten ausgeplündert und verstümmelt haben.

Die Darstellung dieses Zeugen bestärkt in Berliner diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß man auch in Frankreich einzusehen beginnt, daß seitens der Franzosen Verbrechen begangen worden sind, die das Vorgehen der deutschen Truppen rechtfertigen. Die tierische Verflümmelung deutscher Verwundeter wird als Tatsache zugegeben. Und wenn man „Strolche“ schlimmster Sorte für diese Greuelthaten verantwortlich macht, so ist das für die Zusammenhänge vollkommen belanglos. Poincaré aber hat sich mit seinem neuen Angriff gegen Deutschland ins eigene Fleisch geschnitten.

### Abbruch der Genfer Marinekonferenz?

Englands vorletztes und allerletztes Wort.

Die Delegierten der Genfer Marinekonferenz haben nach der großen Pause die Erörterungen wieder aufgenommen mit dem Ergebnis, daß die Krise, die bisher nur scheinbar war, jetzt akut geworden ist. Der britische Marineminister Bridgeman gab den anderen Delegationen Kenntnis von den „letzten Vorschlägen“ der britischen Regierung, die in ihren Hauptpunkten den auf Grund der britisch-japanischen Verständigung formulierten Anträgen entsprechen. Zu einer Einigung konnte man jedoch nicht gelangen, da der Führer der amerikanischen Delegation Einwände geltend machte, sich aber bereit erklärte, die englischen Vorschläge dem Präsidenten Coolidge zur Kenntnis zu bringen, so daß die amerikanische Delegation in der auf den 1. August anberaumten Vollversammlung in der Lage sein würde, die endgültige Stellungnahme ihrer Regierung darzulegen.

Die pessimisten in Genf behaupten nun, daß die Konferenz nach der Vollversammlung „in Schönheit sterben“ werde, da sie zum Scheitern verurteilt sei. Die Amerikaner erklären, daß die Annahme der englischen Vorschläge der britischen Kriegsstotte eine Übermacht zur See vertraglich garantieren würde. Sie machen vornehmlich Bedenken wegen der Zuteilung von nur 12 Kreuzern von 12 000 Tonnen geltend, da Amerikas Bedürfnisse eine größere Zahl dieser Kriegsschiffe erforderten.

Nun wird aber von anderer Seite angedeutet, daß Englands „letztes Wort“ noch nicht sein allerletztes sei und daß die britische Delegation, um die Konferenz vor einem Mißerfolg zu retten, in zwölfter Stunde vielleicht noch einen neuen Vorschlag unterbreiten werde. Dieser Vorschlag werde eine vorläufige Regelung der britischen Kreuzerfrage zum Gegenstand haben. Die nächsten Tage werden hierüber Klarheit schaffen.

### Die Londoner Kabinettsitzung über Genf

Berlin, 30. Juli. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraph hat sich, wie die Morgenblätter aus London melden, die Kabinettsitzung mit den äußerst pessimistisch gehaltenen Berichten der englischen Delegationen aus Genf beschäftigt. Die englische Delegation habe der Regierung mitgeteilt, daß sich die Atmosphäre für eine Verständigung mit Genf seit dem Abbruch der Verhandlungen in der vorigen Woche verschlechtert habe.

#### Japan rechnet

### mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen.

Wiga, 29. Juli. Wie aus Tokio gemeldet wird, wird dort mit einem Abbruch der Genfer Konferenz am Dienstag gerechnet. Am Mittwoch werde die japanische Delegation nach Tokio abreisen. Die Genfer Konferenz habe, wie die japanische Presse schreibt, das Gegenteil davon ergeben, was von ihr erwartet worden sei. Statt dem Frieden zu dienen, habe sie den Krieg und die Rüstungen gefördert.

### Sondersitzung des englischen Kabinetts

London. Ganz unerwartet ist gestern abend das englische Kabinet zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Minister wurden zum Teil durch Kuriere zu dieser Sonderbesprechung geladen. Man nimmt an, daß in dem Kabinettsrat, in dem Chamberlain den Vorsitz führt, die letzte Entscheidung der englischen Regierung über die Genfer Seeabrüstungskonferenz fallen wird.